

Anfrage

der Abgeordneten Drⁱⁿ. Madeleine Petrovic

gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

an Landeshauptfrau Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

betreffend **Flughafen Wien Schwechat - gute Geschäfte mit Malta- Steuervermeidungs-Connection-Partnern**

Reisende, die am Flughafen Wien Schwechat ankommen und Richtung CAT oder Schnellbahn gehen, kommen unter anderem an riesigen, langgestreckten Werbesujets der deutschen Autovermietung SIXT vorbei; günstige Mietwagen werden in aufwändigen Darstellungen angepriesen. Nur große, international agierende Unternehmen können sich wohl eine derart gigantische Werbung leisten.

Für kleine und mittlere Betriebe, die ihre Leistungen ausschließlich in Österreich anbieten, ist eine derartige Werbe-Präsenz außer jeder Reichweite. Kleine rein österreichische (Dienstleistungs-)Betriebe können

- keine „Gewinntransfers“ und Schachtelprivilegien nutzen,
- keinen Nutzen aus niedrigeren ausländischen Sozialabgaben im Rahmen von betrieblichen „Entsendungen“ ziehen,
- keine prominenten (Ex-)PolitikerInnen als LobbyistInnen anheuern,
- und keine eigene Rechtsabteilung unterhalten, die allerorts trachtet, Steuern zu minimieren, öffentliche Förderungen zu maximieren und so immer mehr Marktmacht auszubauen.

Jüngst haben deutsche Medien und Grüne Europa-Abgeordnete näher recherchiert, was denn unter anderem den großen Erfolg der Mächtigen am Markt ausmacht und so riesige Werbebudgets möglich macht:

<http://www.n-tv.de/wirtschaft/Malta-dient-Konzernen-als-Steuerparadieses-article19850818.html>

Regelungen wie in der Steueroase Malta führen dazu, dass Großunternehmen und Vermögende, die eigentlich Steuern bezahlen könnten, sich arm rechnen können und ihren Beitrag zum Gemeinwohl nicht leisten", sagt Sven Giegold, Grünen-Sprecher im EU-Parlament. *"Dadurch gilt letztlich zweierlei Recht. Ein Recht für diejenigen, die global mobil sind, und ein Recht für diejenigen, die vor Ort wirtschaften oder arbeiten."*

Die Autovermietung SIXT bestätigte auf Anfrage, "unter Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen" in Malta Steuerrückerstattungen erhalten beziehungsweise beantragt zu haben.

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/eil-viele-deutsche-haben-maltesische-firmen-offenbar-nicht-dem-finanzamt-gemeldet-1.3382847>

Malta gilt als "Panama Europas" und dient Konzernen als Steuerparadies; so erklärt sich, wie es möglich sein kann, dass im Zwergstaat Malta 53.247 registrierte Firmen aufscheinen:

Auf Malta anfallende Gewinne müssen ausländische Unternehmen lediglich mit rund fünf Prozent versteuern. Die betroffenen Unternehmen erklärten gegenüber den Medien, ihre Geschäfte auf Malta seien legal. Zahlreiche Konzerne nutzen in großem Stil Tochterfirmen auf Malta, um ihre Steuern in ihrer Heimat zu drücken. Das geht aus tausenden Dokumenten hervor, die der "Spiegel" gemeinsam mit seinen zwölf Partnern vom Recherchenetzwerk European Investigative Collaboration (EIC) ausgewertet hat.

Dies ist nur EIN Fall von Steuervermeidung von vielen, die in den letzten Jahren immer wieder die Öffentlichkeit empört haben, ohne dass entsprechende politische Reaktionen auf Europäischer oder nationaler Ebene gefolgt wären.

Der Zorn vieler Gewerbetreibender wächst ständig, denn sie können nicht mit Pardon rechnen, wenn sie Steuern nicht oder zu spät zahlen oder wenn sie die Sozialabgaben nicht pünktlich abführen. Ein weit höherer Anteil ihrer bescheidenen Erträge geht an den Fiskus als bei den Big Playern; protzige Werbung ist außerhalb jeder Reichweite.

Selbst wenn die Steuertricks der internationalen Unternehmen nicht illegal sind, so stellt sich doch die Frage, ob das Ausnutzen jeglicher „Steuer-Köder“ moralisch vertretbar ist und noch mehr ist zu hinterfragen, ob Unternehmen, die ganz oder teilweise im öffentlichen Eigentum stehen, letztlich indirekt – z.B. über hohe Werbeeinnahmen – aus den Steuer-Deals der Konzerne Profit schlagen dürfen.

Wenn öffentliches Eigentum heute noch wichtig und richtig ist (wovon Grüne ausgehen), dann doch

- um Marktversagen zu kompensieren (z.B. bei der Daseinsvorsorge);
- um in Sachen Gleichstellung und Anti-Diskriminierung Benchmarks zu setzen und
- um bei der Auswahl von Vertragspartner-Unternehmen Regionalität und Gerechtigkeit zu fördern anstatt auch an den ungerechten Vorteilen der Big Player mitzunaschen.

Daher stellt die Gefertigte folgende

Anfrage

1. Übt das Land NÖ seine Eigentumsrechte an Wirtschaftsbetrieben unter Bedachtnahme auf die Steuermoral der Vertragspartner-Unternehmen aus? Gibt es derartige rechtlich absolut zulässige Vorgaben an die jeweiligen Geschäftsführungen. Wenn nein, warum nicht?

2. Wie hoch sind die Entgelte, die SIXT für die Werbung am Flughafen Schwechat zu entrichten hat?
3. War Ihnen die Malta-Connection von SIXT bekannt?
4. Werden Sie mit deutschen Behörden/Medien in Kontakt treten, um in Erfahrung zu bringen, welche Konzerne und Großunternehmen derartige Steuervermeidungs-Tricks anwenden. Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?
5. Haben Sie in der Vergangenheit dafür Sorge getragen, dass bei öffentlichen Ausschreibungen sowie bei der Auswahl von Vertragspartner-Unternehmen nur solche Rechtssubjekte zum Zug kommen, die nicht nur legal arbeiten, sondern insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung von Sozial- und Umweltgesetzen sowie in Sachen Steuerdisziplin auch moralisch gerecht agieren?
6. Was tun Sie im Rahmen der Kontakte mit dem Bund, mit EU-Gremien und anderen Bundesländern und Regionen, um für mehr Steuermoral und für die Trockenlegung der Steuersümpfe Verbündete zu gewinnen?
7. Meinen Sie nicht, dass es in Zeiten wachsender Ungerechtigkeit und nicht zu leugnender Klimaveränderung angebrachter wäre, öffentliches Eigentum zu nutzen, um Beiträge in Richtung Gerechtigkeit zu leisten anstatt politische Macht dazu zu missbrauchen, um ökologische Entscheidungen eines Gerichts zu bekämpfen und RichterInnen zu diskreditieren?